

BESCHLÜSSE

der ordentlichen Bundeskonferenz der
Arbeitsgemeinschaft für Bildung

am 20. September 2025

in Berlin

Inhaltsverzeichnis

L - Leitantrag

L01	Solidarische Bildung für eine zukunftsfähige Gesellschaft - Zur dringenden Erforderlichkeit von Bildungsreformen in Deutschland	4
-----	--	---

A - Alle

A01	Demokratiebildung und Extremismusprävention in Bildungseinrichtungen	7
A02	neue Abkürzung: „SPD Bildung“	9
A03	Einführung des Berufswahlpasses in digitaler Form („berufswahl-app“) als verpflichtendes Instrument der Berufsorientierung	10
A04	Bundesweite Kampagne zur Attraktivität der dualen Ausbildung und der akademischen Berufsausbildung	11
A05	Antrag bundesweite Einführung einer Schüler ID	12
A06	Verankerung der Beruflichen Orientierung in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte	14
A07	Jugendberufsagentur – Eigenverantwortliche Steuerung auf kommunaler Ebene	15
A08	Entlastung von Schulleitungen und Lehrkräften durch Verwaltungspersonal	16
A09	Lehramtsstudium auch in der dualen Form anbieten	17
A10	Qualität der Ausbildung von Lehrkräften verbessern – dualen Master einführen	19
A11	Reform GG 7,3 zur Absicherung von Ethik-Unterricht und zur Ermöglichung eines gemeinsamen Fachs „Ethik/Religionskunde“	21
A12	Department-Struktur differenziert einführen	22
A13	Department-Struktur differenziert einführen	23
A14	Department-Struktur differenziert einführen Stand 07.08.2025	24
A15	Department-Struktur differenziert einführen Stand 07.08.2025	25
A16	Dauerhafte und ausreichende Finanzierung der Studierendenwerke	26
A17	TVStud – jetzt oder nie!	27
A18	Namensänderung der AfB in AG Bildung	28
A19	Entbürokratisierung der Beantragung von Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket	29
A20	Lehramtsstudium auch in der dualen Form anbieten	31
A21	Qualität der Ausbildung von Lehrkräften verbessern – dualen Master einführen	33
A22	Antrag zur Teilnahme an der TALIS-Studie	35
A23	Anerkennung des Schulabschlusses vom Förderzentrum Lernen	36
A24	Schluss mit dem Abbau des Rechts auf Bildung: Dem Ziel des BAföG Willy Brandts wieder gerecht werden	37
A25	Reform des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) mit dem Schwerpunkt der Erhöhung der persönlichen Schulbedarfe	38

A26	Schule ab 9 Uhr – für gesunden Schlaf und bessere Leistung	39
A27	Mobilität für Lernende, und Freiwilligendienstleistende sichern: Feste Preise für das Deutschlandticket	41
A28	Wohnen und Gesundheit sind Menschenrecht – auch für Lernende und Freiwilligendienstleistende ohne reiche Eltern/Erziehungsberechtigte	42
A29	„Mehr Zeit für Bildung, mehr Chancen für Kinder: Der Rechtsanspruch auf Ganztags als Zukunftschance“	44

Antrag L01: Solidarische Bildung für eine zukunftsfähige Gesellschaft - Zur dringenden Erforderlichkeit von Bildungsreformen in Deutschland

Laufende Nummer: 6

Antragsteller*in:	AfB-Bundesvorstand
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an AfB-Bundesvorstand samt Änderungen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

1 Titeländerung: L01: Solidarische Bildung **in der Schule** für eine zukunftsfähige
2 Gesellschaft ... (Rest wie beantragt)

3 Das Bildungssystem steckt in der Sackgasse. Die Bundeskonferenz der
4 Arbeitsgemeinschaft für Bildung fordert den SPD-Parteivorstand und die SPD-
5 Bundestagsfraktion auf, eine gesamtgesellschaftliche Debatte darüber anzustoßen und
6 in Anträgen und Beschlüssen umzusetzen, dass für das deutsche Bildungssystem
7 unbedingt mutige Reformen erforderlich sind.

8 Änderung:

9 Das Bildungssystem bietet deutliche Chancen zur Weiterentwicklung

10 1. Die Beendigung der frühen Aufteilung der Kinder

11 Die frühkindliche Bildung ist das Grundgerüst von Bildung und Gesellschaft. Wir
12 setzen uns für eine auskömmliche Versorgung mit Kitaplätzen, eine gute Ausbildung
13 pädagogischen Personals sowie faire Arbeits- und Lernbedingungen in der
14 Kindertagesstätte ein.

15 Das gegliederte Bildungssystem beruht auf der Annahme, dass homogene Gruppen das

16 Änderungs Antrag zu L1

17

18 Die Anpassung von Funktion und Auftrag der Schule infolge des gesellschaftlichen
19 Wandels im Zuge der digitalen Revolution

20 Die mit der industriellen Revolution weltweit etablierte Schule mit ihren zwei Zielen
21 der Wissensbevorratung und Sozialisierung für ein lebenslanges Berufsleben in
22 Zugehörigkeit zu einer sozio-kulturellen und ökonomischen Schicht hat mit der
23 digitalen Revolution (ebenfalls als gesellschaftliche Revolution verstanden, nicht
24 nur als technische) ihre Funktionen zu einem Teil verloren. Statt dessen treten
25 nunmehr die Ausbildung von Kompetenzen für ein verantwortliches selbstbestimmtes
26 Leben im Vordergrund, insbesondere Kompetenzen für die eigenständige lebenslange
27 Aneignung von Wissen und beruflichen Kompetenzen on demand und für eine würdevolle
28 Kommunikation über alle sozialen Schichten und Milieus hinweg. Gerade für letzteres
29 ergibt sich ein ganz entscheidendes Argument für den gemeinsamen Schulbesuch unserer
30 Kindern und Jugendlichen bis zum Ende der Pubertät hinaus, so dass auch die
31 entsprechenden Werte und Orientierungen individuell relativ fest verankert sind. Für
32 den Erhalt und die Anpassung unserer liberalen Demokratie im Zuge der digitalen
33 Revolution wird dies ein wichtiger Faktor sein.

34

35
36
37

38 2. Die Beendigung der Aufteilung der Kinder nach Leistung und sozialer Herkunft im
39 ständischen Schulsystem

40 Schüler, Lehrer und Eltern nehmen eine klare Hierarchie der Schulformen mit dem
41 Gymnasium an der Spitze wahr. Die frühzeitige Trennung der Kinder nicht nur nach
42 Leistung, sondern auch nach sozialer Herkunft führt dazu, dass sie unter sich
43 bleiben. Es ist notwendig, mit Menschen aus anderen sozio-ökonomischen Realitäten
44 zusammenzuarbeiten, mit ihnen zu kommunizieren und sie zu verstehen. Eine höhere
45 Widerstandsfähigkeit wird erreicht, wenn Kinder in heterogenen Gruppen aufwachen und
46 lernen. Die frühzeitige Trennung bereitet nicht auf die Realität in der Gesellschaft
47 vor.

48 3. Der Aufbau einer Schülerschule

49 Die Perspektive von Schülerinnen und Schülern muss primär in den Blick genommen
50 werden. Aufbau einer Schülerschule in der Schülerinnen und Schüler ihre Bedürfnisse
51 äußern können und an deren Umsetzung mitarbeiten können.

52 Die Debatte um das gegliederte Schulsystem wird dominiert durch die Perspektive von
53 Erwachsenen. Jedoch ist die Schule nicht für Eltern und Lehrkräfte, sondern für die
54 Kinder da.

55 Ebenso wird immer auf die Bedürfnisse der Lehrkräfte abgezielt und zu wenig auf die
56 der Kinder.

57 Die Diskussion über das gegliederte Schulsystem wird derzeit vor allem aus der
58 Perspektive von Eltern und Lehrkräften geführt. Dabei ist es wichtig, den Fokus noch
59 stärker auf die Kinder zu richten – schließlich steht ihre Entwicklung und ihr
60 Lernerfolg im Mittelpunkt. Auch wenn die Anliegen der Lehrkräfte berechtigt sind,
61 sollten die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler ebenso – wenn nicht mehr –
62 berücksichtigt werden, um ein zukunftsorientiertes und kindgerechtes Bildungssystem
63 mit dem Ziel der Etablierung der Gemeinschaftsschule in ganz Deutschland zu
64 gestalten.“

65 4. Die konsequentere Aufhebung der anhaltenden Separierung von Kindern mit
66 Behinderungen

67 Trotz aller engagierter Bemühungen in den letzten Jahrzehnten ist die Inklusion noch
68 immer nicht auf dem Stand, wie e die UN-BRK fordert. Auch hier stellt sich das
69 Vorhalten unterschiedlicher Schulen für unterschiedliche Kinder dem Fortschritt in
70 den Weg. In den allermeisten Schulen der Welt ist eine starke Heterogenität in er
71 Schule völlig normal, genau wie in der Gesellschaft.

72 Strategie

73 Über eine breit angelegte Debatte soll ein gesellschaftliches Problembewusstsein
74 entstehen.

75 Weiterhin soll im Sinne evidenzbasierter Politik die ständige wissenschaftliche
76 Konferenz (SWK) bei der KMK beauftragt werden, der Politik zu dieser Thematik
77 wissenschaftlich fundierte Empfehlungen zu liefern. Diese sind zu veröffentlichen.

- 78 Anträge und Beschlüsse sollen sich zunehmend an Ergebnissen wissenschaftlicher
79 Forschungen orientieren. Die solidarische Bildung wird zum Grundprinzip erhoben.
- 80 5. Die Reform des BAföG von der Schule bis zum Meister bzw. Master: Der AfB-
81 Bundesvorstand setzt sich für eine schnellstmöglich erfolgende BAföG-Reform ein, die
82 das BAföG entsprechend der AfB-Beschlusslagen zugänglicher macht und auf einen
83 auskömmlichen Betrag anhebt.

Empfänger*Innen

SPD-Parteivorstand

Antrag A01: Demokratiebildung und Extremismusprävention in Bildungseinrichtungen

Laufende Nummer: 5

Antragsteller*in:	AfB-Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Der Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Bildung fordert die SPD-
2 Bundestagsfraktion auf, im Rahmen des Startchancenprogramms 2024-2034 und darüber
3 hinaus den dringend notwendigen Impuls an die Bundesländer zu richten, gezielt
4 Demokratiebildung und Extremismusprävention niederschwellig im Schul- und
5 Unterrichtsalltag von Schülerinnen und Schülern an allen Schulformen zu
6 implementieren. Dies sollte in den folgenden drei Ebenen in Analogie zum
7 Startchancenprogramm realisiert werden:
- 8 I) Personelle Komponente:
- 9 • Demokratiebildung und Extremismusprävention in alle Lehramtsstudiengängen
10 systematisch implementieren; hierbei gilt es, alle Handlungsfelder und
11 Beziehungsebenen der pädagogischen Fachkräfte zu berücksichtigen
 - 12 • Länderspezifische Beratung und Weiterbildung von Kollegien und Führungskräften
13 vorhalten und bei der Entwicklung sowie Umsetzung eines an demokratischen Werten und
14 Mitbestimmung orientiertes Schulprogramms oder Leitbildes unterstützen
 - 15 • Regelmäßige und verpflichtende Fort- und Weiterbildungstage zum Demokratielernen in
16 der unterrichtsfreien Zeit implementieren; hierbei Schulleitungen aktiv einbinden
 - 17 • Ziel: Pädagogisches Personal zu Demokratieexperten ausbilden und im Umgang mit
18 extremistischen Äußerungen stärken, um Schülerinnen und Schüler für ein
19 demokratisches Grund- und Werteverständnis zu sensibilisieren und populistischen
20 Strömungen in Bildungseinrichtungen sowie deren Umfeld zielgerichtet und angstfrei
21 begegnen zu können
- 22 II) Inhaltliche Komponente:
- 23 • Verbindliche Einführung einer wöchentlichen Demokratieviertelstunde in allen
24 Bundesländern, in der aktuelle Themen in Bezug zu Grundgesetz und Rechtsstaat
25 gebracht werden; wissenschaftlich begleitet; Bestpractice sichtbar machen
 - 26 • Innerschulische Demokratieprozesse fördern durch umfassende Schüler:innen-
27 Beteiligung und Stärkung der aktiven Schüler:innen-Mitwirkung; Elternarbeit analog
28 gestalten
 - 29 • Fachcurricula, Lehr- und Lernmaterialien sowie Onlinetools wissenschaftlich
30 fundiert hinsichtlich Demokratiebildung und Extremismusprävention in Kooperation mit
31 einschlägigen Forschungseinrichtungen entwickeln und erproben, für
32 Bildungseinrichtungen verfügbar machen sowie fortlaufend aktuell halten
 - 33 • Konzepte zu Medienbildung mit Demokratiebildung/Extremismusprävention verzahnen
 - 34 • Fort- und Weiterbildungsangebote für Fachkräfte vorhalten und stets
35 weiterentwickeln

• Zweck: a. Wissenschafts-Praxis-Transfer, b. Prävention, c. Intervention und dadurch einer Fehlinterpretation des Beutelsbacher Konsens' (Neutralitätsgebot) begegnen

III) Räumliche Komponente

• Schaffung von demokratieförderlichen Lernumgebungen, insbesondere bei Schulneubauten und Schulsanierungen

• Den Zugang zum Besuch außerschulischer Lernorte der Demokratie flächendeckend ermöglichen

• Ziel: Begegnungsforen schaffen, Austausch und Meinungsvielfalt evozieren und stärken, Gedenk- und Erinnerungskultur erhalten

IV) Ein schlüssiges und durchgehendes Konzept schaffen

Es muss darüber hinaus ein schlüssiges und durchgehendes Konzept für eine altersgerechte, ununterbrochene theoretische und praktische Demokratiebildung bzw. politische Bildung von der KiTa bis zu jedem Schulabschluss entwickelt und eingeführt werden. Hierfür muss sich die SPD bundesweit zeitnah einsetzen. Die SPD-Landtagsfraktionen werden aufgefordert, sich für die deutliche Stärkung der Politikfächer einzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Unterstützung der Länder bei der Stärkung und Schaffung von mehr Demokratie-KiTa in ganz Deutschland einzusetzen.

Wir werden das Erkennen und den Umgang mit Fake News sowie anderen demokratiebedrohenden Strategien der in- und ausländischen Demokratiefeinde altersgerecht stärken. Als Vorbild wollen wir uns hier die jahrelange erfolgreiche Arbeit Finnlands nehmen.

Antrag A02: neue Abkürzung: „SPD Bildung“

Laufende Nummer: 7

Antragsteller*in:	AfB-Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Sonstiges Keine Empfehlung durch die Antragskommission.
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) erhält eine neue Abkürzung: „SPD Bildung“
- 2 analog zur ehemaligen ASF, die in „SPD Frauen“ umbenannt wurde. Ein neues entsprechend
- 3 angepasstes Logo wird ebenfalls entwickelt.

Empfänger*Innen

SPD-Parteivorstand

Antrag A03: Einführung des Berufswahlpasses in digitaler Form („berufswahl-app“) als verpflichtendes Instrument der Berufsorientierung

Laufende Nummer: 8

Antragsteller*in:	AfB-Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Der „Berufswahlpass“ in seiner digitalen Weiterentwicklung als „berufswahl-app“ soll
- 2 an allen allgemeinbildenden Schulen ab Klasse 7 eingeführt werden und die
- 3 systematische Nutzung der App durch die Schülerinnen und Schüler während des gesamten
- 4 Berufsorientierungsprozesses sichergestellt.
- 5 Die begleitende Betreuung und Kontrolle der Dokumentation durch die jeweiligen
- 6 Fachlehrkräfte und Klassenleitungen soll verbindlich festgeschrieben werden.

Antrag A04: Bundesweite Kampagne zur Attraktivität der dualen Ausbildung und der akademischen Berufsausbildung

Laufende Nummer: 9

Antragsteller*in:	AfB-Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Die Bundesregierung wird beauftragt, eine bundesweite, mehrjährige Informations- und
- 2 Imagekampagne zur Stärkung der Attraktivität der dualen Ausbildung sowie der
- 3 akademischen Berufsausbildung zu initiieren.
- 4 Ziel der Kampagne ist es, Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte und Betriebe
- 5 über die vielfältigen Chancen, Karrierewege und gesellschaftliche Bedeutung beider
- 6 Bildungswege zu informieren und Vorurteile abzubauen.
- 7 Die Kampagne soll in enger Kooperation mit Kammern, Verbänden, Hochschulen, Schulen,
- 8 Unternehmen und Gewerkschaften entwickelt und umgesetzt werden.
- 9 Dabei sind folgende Maßnahmen vorzusehen:
- 10 • crossmediale Informationskampagnen (TV, Radio, Social Media, Onlineportale,
- 11 Plakate),
- 12 • gezielte Maßnahmen für ländliche Räume und strukturschwache Regionen,
- 13 • Best-Practice-Beispiele und Erfahrungsberichte von Auszubildenden, Studierenden und
- 14 Absolventinnen/Absolventen,
- 15 • Förderprogramme für Schulen zur Berufsorientierung
- 16 • einheitliche digitale Informationsplattform mit regionalen Suchfunktionen für
- 17 Ausbildungs- und Studienangebote.
- 18 Für die Umsetzung der Kampagne sind entsprechende Haushaltsmittel bereitzustellen.

Antrag A05: Antrag bundesweite Einführung einer Schüler ID

Laufende Nummer: 10

Antragsteller*in:	AfB-Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Sonstiges Keine Empfehlung der Antragskommission.
Sachgebiet:	A - Alle

1 Damit kein Jugendlicher am Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf aus dem
2 Blickfeld verschwindet, wird eine durchgehende Bildungswegverfolgung bis zum
3 erfolgreichen Berufsabschluss eingerichtet.

4 **Wofür ist die SchülerID gut?**

5 **1.Bessere Bildungsforschung – was wirkt wirklich?**

6 Mit einer SchülerID können Bildungsbiografien anonym über Jahre hinweg verfolgt
7 werden. Längsschnittdaten zeigen z.B., wie sich Kinder entwickeln, die in der
8 Grundschule große Mathe-Schwierigkeiten hatten, wer von bestimmten Förderprogrammen
9 profitiert und an welchen Stellen das System systematisch benachteiligt. Solche
10 Längsschnittstudien gelten international als Goldstandard, um Bildungsprozesse zu
11 verstehen und evidenzbasierte Bildungspolitik zu machen.

12 **2.Gezielte Förderung und mehr Chancengerechtigkeit**

13 Wenn bekannt ist, welche Maßnahmen bei welchen Gruppen langfristig helfen, können
14 Ressourcen besser eingesetzt werden: Förderstunden, Schulsozialarbeit, Sprachbildung,
15 Ganztagsangebote. Ein Bildungsregister mit SchülerID wird von Befürworter:innen
16 ausdrücklich als Instrument gesehen, um Ressourcen dahin zu bringen, wo die Bedarfe
17 am größten sind – statt nach dem Gießkannenprinzip.

18 **3.Verhindern, dass Jugendliche „vom Radar“ verschwinden**

19 Jugendberufsagenturen sollen sicherstellen, dass niemand nach der Schule einfach
20 sang- und klanglos aus dem System fällt. Eine SchülerID erleichtert es,
21 Schulabbrecher:innen früh zu erkennen, Übergänge zu Ausbildung, weiterführender
22 Schule oder Studium zu begleiten und immer wieder passende Anschlussangebote zu
23 machen – statt erst zu reagieren, wenn Jugendliche in Maßnahmen des Jobcenters
24 auftauchen.

25 **4.Bessere Steuerung des Schulsystems**

26 Eine bundesweit einheitliche SchülerID ermöglicht es, Bildungswege über Ländergrenzen
27 hinweg nachzuvollziehen: Wie wirken Schulstrukturen wirklich? Wer profitiert
28 von Ganztags, wer von kleineren Klassen? Solche Daten helfen, Schulen fairer
29 auszustatten und Bildungspolitik faktenbasiert zu machen, anstatt auf Vermutungen und
30 Einzelfälle angewiesen zu sein.

31 **5.Entlastung von Schulen und Verwaltung**

32 Einheitliche Kennziffern reduzieren Doppelerfassungen, Medienbrüche und
33 Fehlerquellen in Statistik, Prüfungswesen und Übergangsmanagement. Das spart Zeit in
34 Schulbüros, verringert Nachfragen zwischen Behörden und ermöglicht schnellere,
35 verlässlichere Auswertungen.

36

37

38 **Wie schützen wir dabei den Datenschutz?**

39

40 Menschen, die sich Sorgen machen, haben recht: Es geht um sensible Daten von Kindern
41 und Jugendlichen. Entscheidend ist daher, **wie** eine SchülerID ausgestaltet wird. Aus
42 Datenschutzsicht gilt:

43 •Die ID ist **kein Personenkennzeichen** wie eine Steuer-ID, sondern eine **pseudonyme**
44 **Bildungsnummer**, die streng zweckgebunden eingesetzt werden muss.

45 •Es braucht klare gesetzliche Regeln: Welche Daten werden gespeichert, wer darf
46 darauf zugreifen, zu welchem Zweck – und was ist ausdrücklich verboten (z.B. Nutzung
47 für Scoring, Werbung oder Sicherheitsbehörden).

48 •Datenminimierung: Nur die Daten, die für Forschung, Bildungsberichterstattung und
49 Übergangsmanagement nötig sind, werden erhoben – nicht „alles, was geht“.

50 •Technischer Schutz: Speicherung in besonders gesicherten Infrastrukturen, strenge
51 Rollen- und Rechtekonzepte, Protokollierung von Zugriffen, regelmäßige Sicherheits-
52 Audits.

53 •Starke Aufsicht: Unabhängige Datenschutzaufsichtsbehörden müssen das System
54 kontrollieren und Eingriffe sanktionieren können.

55 •Transparenz und Rechte: Schülerinnen, Schüler und Eltern müssen verständlich
56 informiert werden, welche Daten wozu verwendet werden, und Auskunfts- bzw. ggf.
57 Widerspruchsrechte haben (im Rahmen der DSGVO).

Antrag A06: Verankerung der Beruflichen Orientierung in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte

Laufende Nummer: 11

Antragsteller*in:	AfB-Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Die berufliche und akademische Orientierung soll bundesweit verbindlich als
- 2 Querschnittsthema in die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften aller
- 3 Schularten und Fächer integriert werden.
- 4 Dabei sind insbesondere folgende Maßnahmen umzusetzen:
- 5 o Lehrkräfteausbildung:
- 6 • Verpflichtende Aufnahme der Beruflichen Orientierung in alle
- 7 Lehramtsstudiengänge, unabhängig von Schulform und Fachrichtung.
- 8 • Vermittlung theoretischer Grundlagen und praxisorientierter Ansätze
- 9 (Berufsbildungssystem, Arbeitsmarkttrends, Beratungskompetenzen, Kooperation mit
- 10 externen Partnern).
- 11 • Integration aktueller Forschungsergebnisse und Praxisbeispiele.
- 12 o Fort- und Weiterbildung:
- 13 • Regelmäßige Fortbildungsangebote zu Beruflicher Orientierung, angepasst an
- 14 aktuelle Entwicklungen.
- 15 • Angebote in Präsenz- und digitalen Formaten.
- 16 • Integration in schulisches Qualitätsmanagement inkl. Evaluation und
- 17 Zertifizierung.
- 18 • Förderung von Netzwerken und Fachtagungen.
- 19 o Weiterqualifizierung erfahrener Lehrkräfte:
- 20 • Gezielte Angebote für erfahrene Lehrkräfte, insbesondere in Leitungsfunktionen.
- 21 • Modularisierte Weiterbildung und Mentoring-Programme.
- 22 • Stärkung der Multiplikator*innenrolle.
- 23 o Umsetzungsschritte:
- 24 • Einrichtung einer bundesweiten Arbeitsgruppe zur Entwicklung curricularer
- 25 Standards.
- 26 • Schaffung gesetzlicher und struktureller Rahmenbedingungen.
- 27 • Definition von Qualitätsstandards und Evaluationskriterien.
- 28 • Bereitstellung finanzieller und personeller Ressourcen.
- 29 • Entwicklung zielgruppenspezifischer Informations- und Beratungsangebote.

Antrag A07: Jugendberufsagentur – Eigenverantwortliche Steuerung auf kommunaler Ebene

Laufende Nummer: 12

Antragsteller*in:	AfB-Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Die Bundesregierung wird aufgefordert,
- 2 • die Einrichtung und den Ausbau von Jugendberufsagenturen bundesweit und
- 3 flächendeckend auf kommunaler Ebene zu fördern und ihnen eine klare Zuständigkeit für
- 4 Berufsorientierung sowie den Übergang von Schule in Ausbildung zu übertragen,
- 5 • sicherzustellen, dass in den Jugendberufsagenturen alle relevanten regionalen
- 6 Akteure vertreten sind (Kommune, Schulamt, Schulaufsicht, berufliche Schulen, Agentur
- 7 für Arbeit, Jobcenter, Jugendhilfe),
- 8 • den Jugendberufsagenturen eine flexible regionale Budgetierung („Beinfreiheit“) der
- 9 jeweiligen Rechtskreise zu ermöglichen, damit vorhandene Finanzmittel unbürokratisch
- 10 und wirksam vor Ort eingesetzt werden können,
- 11 • die Jugendberufsagenturen als regionales „Management-Instrument“ zu etablieren, das
- 12 Jugendliche gezielt in Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen vermittelt und sie auf
- 13 ihrem Bildungsweg kontinuierlich begleitet,
- 14 • dass Bildung und Berufsbildung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern
- 15 ausgestaltet werden, um länderübergreifende Modellversuche und Innovationen zu
- 16 ermöglichen.

Empfänger*Innen

Bundesregierung

Antrag A08: Entlastung von Schulleitungen und Lehrkräften durch Verwaltungspersonal

Laufende Nummer: 13

Antragsteller*in:	AfB-Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Wir fordern mindestens eine zusätzliche Stelle für nicht pädagogisches Personal für
- 2 jede öffentliche Schule aller Art in jedem Bundesland, zur Entlastung des
- 3 Leitungsteams in der entsprechenden Schule, unabhängig der Schülerzahlen einzusetzen.
- 4 Diese zusätzliche Verwaltungskraft soll sich in verwaltungstechnischen Dingen, wie
- 5 z.B.: der Vorbereitung von Vertragsvorlagen, Vorbereitung und Durchführung von
- 6 diversen Beschaffungen, über die Koordinierung von weiterem nicht pädagogischen
- 7 Personal bis hin zur Lagerlogistik einbringen.
- 8 Hierbei soll es ausschließlich um Tätigkeiten gehen, die keiner Weisungsbefugnis,
- 9 analog zu Schulleitungen unterliegen, sondern ausschließlich um unterstützende
- 10 Maßnahmen zur Entlastung des pädagogischen Bereiches gehen.
- 11 Da der genaue Einsatzzweck je nach Schulform und Schule teils sehr unterschiedlich
- 12 ist, soll die Verantwortung für die finale Einteilung den jeweiligen Schulleitungen
- 13 obliegen.

Antrag A09: Lehramtsstudium auch in der dualen Form anbieten

Laufende Nummer: 14

Antragsteller*in:	AfB-Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Sonstiges Keine Empfehlung der Antragskommission.
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion sowie die Gliederungen der SPD auf, sich für
2 die ergänzende Einführung eines Bachelor-Studienganges für Lehrkräfte im dualen
3 System einzusetzen.
- 4 Dieser Studiengang soll Folgendes ermöglichen:
- 5 • Im ersten und zweiten Semester wird das Studium ohne Praxiserfahrung begonnen.
6 In der vorlesungsfreien Zeit dazwischen findet ebenfalls noch kein organisierter
7 Praxisbezug statt. Diese Phase dient der reflektiven Distanzierung von der
8 eigenen Schulerfahrung.
 - 9 • Für die duale Phase ist ein Ausbildungsvertrag abzuschließen unter folgenden
10 Aspekten:
 - 11 • Ein allgemeines Schulpraktikum in Vollzeit nach dem 2. Semester ermöglicht
12 eine Orientierung im System der Schule durch eine außerunterrichtliche
13 Unterstützung der schulischen Arbeit.
 - 14 • Ab dem 3. Semester erfolgt eine Ausbildungsbeschäftigung im Umfang von 10
15 Wochenstunden auf der Basis eines tarifierten Ausbildungsgehaltes.
 - 16 • Folgende Tätigkeiten können bspw. je nach örtlichen Rahmenbedingungen ohne
17 Eigenverantwortlichkeit ausgeübt werden:
 - 18 • Nicht fachfremde Unterrichtsassistenz unter Betreuung von Lehrkräften
19 ev. mit angeleiteten kurzen Unterrichtsversuchen
 - 20 • Sprachlernassistenz
 - 21 • Unterstützung bei der Verwendung von Medien
 - 22 • Assistenz bei der Schulentwicklung
 - 23 • Unterstützung in der sozialpädagogischen Arbeit
 - 24 • Unterstützung im Erstsprach-Unterricht
 - 25 • Mitarbeit in oder Durchführung von eigenen Arbeitsgemeinschaften
 - 26 • Eine Assistenz in der Oberstufe ist.
 - 27 • Die Betreuung erfolgt sowohl seitens der Schule als auch der Hochschule
28 mentorial.
 - 29 • Die Studierenden wählen aus dem Angebot der Schule einen
30 Qualifikationsschwerpunkt. Dies wird durch universitäre Angebote und die
31 schulische Begleitung unterstützt.
 - 32 • Das Qualifikationsprofil wird in einem Abschlussdokument dokumentiert.
 - 33 • Die Abschlussarbeit kann in einem pädagogischen oder einem fachdidaktischen
34 Bereich geschrieben werden.

- 35 • Ein erfolgreich abgeschlossenes Bachelorstudium ist die Voraussetzung für den
36 Einstieg in die Masterphase.

Empfänger*Innen

AfB Bund, Bundes-SPD

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktionen

SPD-Gliederungen in Bund und Länder

Antrag A10: Qualität der Ausbildung von Lehrkräften verbessern – dualen Master einführen

Laufende Nummer: 15

Antragsteller*in:	AfB-Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Sonstiges Keine Empfehlung der AK
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Die Ausbildung von Lehrkräften ist bundesweit derzeit in einer intensiven Diskussion.
- 2 Neben der Diskussion der Studierendenzahlen werden wieder erneut Klagen von
- 3 Referendarinnen und Referendaren über die fehlende Passung der Inhalte der
- 4 Universität mit denen der zweiten Phase und über sehr belastende und unsinnige
- 5 Formate in der zweiten Phase geführt.
- 6 Die AfB der SPD fordert daher die für die SPD politisch Handelnden auf Bundes- und
- 7 Landesebene auf, sich für Folgendes einzusetzen:
- 8 1. Fokussierung des Bachelors auf die Professionalisierung von Lehrkräften: Für
- 9 Studierende, die einen Masterabschluss im Bildungsbereich anstreben, fordern wir
- 10 einen Bachelor als Vorstufe zu einem Master of Education, der zwar polyvalent ist,
- 11 aber vorrangig auf die Ausbildung von Lehrkräften ausgerichtet ist. Das Ziel ist der
- 12 konsekutive Master of Education, der dann auch für künftige Lehrkräfte vergeben wird.
- 13 2. Verpflichtende Schulpraktika während des Bachelorstudiums: Die bereits im
- 14 Bachelorstudium angelegten Praktika in der Schule sind in der Qualität deutlich zu
- 15 verbessern. Basis hierfür ist eine fundierte Theorie-Praxis-Verzahnung mit einer
- 16 geregelten Betreuung. Die angestrebte Schulform kann dabei berücksichtigt werden.
- 17 3. Stufenausbildung für Lehrkräfte: Die sich inzwischen auf wenige Schulformen
- 18 veränderte Schullandschaft sowie ein notwendiger flexiblerer Einsatz in den
- 19 Schularten erfordert eine Stufenausbildung an der Hochschule. Die Stufung ist nach
- 20 Klassenstufen so einzurichten, dass beamtenrechtlich abgesicherte Wechsel zwischen
- 21 den Schularten möglich sind. Wo die Zusammenfassung der nicht-gymnasialen Schulformen
- 22 der Sekundarstufe noch nicht umgesetzt ist, sollte dies zeitgleich mit der Einführung
- 23 eines Sekundarstufen-Lehramtes erfolgen.
- 24 4. Einführung eines dualen Masters of Education: Es wird ein dualer Master of
- 25 Education eingeführt. Dieser umfasst eine Studienzeit von sechs Semestern im
- 26 Teilzeitmodus. Neben dem wissenschaftlichen Studium sind die Studierenden an der
- 27 Schule als Lehrkraft tätig. Die Organisation kann auch in Form von Blockmodellen
- 28 durchgeführt werden. Dabei ist ein verlässlicher Lehrer*innen-Schüler*innen-Bezug in
- 29 der Schule über einen längeren Zeitraum notwendig. Eine Ausbildung in der zweiten
- 30 Phase entfällt oder wird dadurch wesentlich verkürzt. Begleitet wird dann die
- 31 unterrichtliche Tätigkeit durch einen Coachingprozess.
- 32 5. Gemeinsame Betreuung der Studierenden: Die Studierenden werden sowohl in der
- 33 Hochschule als auch an der Schule durch Lehrkräfte der Hochschule mit betreut. In der
- 34 unterrichtlichen Tätigkeit erfolgt die Betreuung der Studierenden gemeinsam mit der
- 35 Hochschule durch Lehrkräfte an den Schulen und Lehrenden der Studienseminare.
- 36 6. Bezahlung der Studierenden: Im dualen Master erhalten die Studierenden eine

- 37 angemessene Bezahlung für ihre unterrichtliche Tätigkeit, die sich an dem
38 Tarifvertrag orientiert.
- 39 7. Prüfungsabschluss des Masterstudiums: Unter Beteiligung der betreuenden Kräfte
40 werden notwendige Abschlüsse vergeben. Das Kreditsystem ist anzupassen und auf die
41 unterrichtliche Tätigkeit hin zu erweitern. Dabei ist die Expertise der betreuenden
42 Kräfte mit einzubeziehen.
- 43 9. Reisekosten: Für die betreuenden Kräfte und Mentor*innen an den Schulen sind
44 während der Masterphase Reisekosten bereitzustellen. Für die Studierenden ist die
45 Erreichbarkeit beider Ausbildungsorte (Schule und Universität) durch Semesterticket
46 oder ähnliche Möglichkeiten (z.B. Deutschlandticket) zu gewährleisten
- 47 10. Ausbildungsschulen: Alle Schulen sind Ausbildungsschulen mit Blöcken
48 unterrichtlicher Tätigkeit für die Studierenden im dualen Master.

Antrag A11: Reform GG 7,3 zur Absicherung von Ethik-Unterricht und zur Ermöglichung eines gemeinsamen Faches „Ethik/Religionskunde“

Laufende Nummer: 16

Antragsteller*in:	AfB-Bundesvorstand
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Die Bundeskonferenz möge beschließen: Die AfB fordert Bundespartei und
2 Bundestagsfraktion auf, sich für eine Reform des GG 7,3 einzusetzen. Die SPD-
3 Landtagsfraktionen bitten wir, sich für die geforderten Änderungen in ihren
4 Zuständigkeitsbereichen einzusetzen.
- 5 Im Artikel 7, Absatz 3 des Grundgesetzes wird der Satz: "Der Religionsunterricht ist
6 in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches
7 Lehrfach" reformiert.
- 8 Ziele sind
- 9 • eine flächendeckende und bundeseinheitliche Gleichstellung des Faches
10 Ethik/Philosophie mit dem Bekenntnisunterricht
- 11 • die Erleichterung der Einführung von innovativen Reformmodellen im Fächerbereich
12 Religion/Philosophie/Ethik, z.B. die Einführung eines gemeinsamen Pflichtfachs
13 „Philosophie / Religionskunde“.
- 14 Im besten Fall oder mindestens langfristig wollen wir die ersatzlose Aufhebung des
15 oben zitierten Satzes im Grundgesetz, sodass die Kooperation mit den
16 Religionsgemeinschaften und die Verantwortung für diese Schulfachgruppe alleinige
17 Sache der Länder wird.
- 18 Der einschlägige Artikel 21 des Reichskonkordats von 1933 soll aufgekündigt werden.
19 Wenn hierfür keine politischen Mehrheiten in Reichweite erscheinen, fordern wir
20 alternativ zur Absicherung der Gleichrangigkeit der Fächer folgende
21 Ersatzformulierung für den ersten Satz von GG 7,3: "Der bekenntnisgebundene
22 Religionsunterricht ist in bekenntnispluralen öffentlichen Schulen ordentliches
23 Lehrfach, in bekenntnisfreien Schulen Wahlfach. Ebenso ist staatlicher
24 Philosophieunterricht in allen öffentlichen Schulen ordentliches Lehrfach, möglichst
25 als gemeinsames Pflichtfach."
- 26 Neben der aufwendigen Parallelführung wäre auch ein epochales Wechselmodell zwischen
27 den dann gleichrangigen Fächern bundesrechtlich abgesichert.

Empfänger*Innen

SPD-Parteivorstand
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag A12: Department-Struktur differenziert einführen

Laufende Nummer: 17

Antragsteller*in:	AfB-Bundesvorstand
Status:	überwiesen an den AfB-Bundesvorstand
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an AfB-Bundesvorstand als Material
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Der Bundesparteitag bzw. die Parteitage der Länder mögen beschließen:
- 2 Bei der Einführung einer sogenannten Department-Struktur an Hochschulen darf der
- 3 Begriff nicht untrennbar mit der Abschaffung des grundfinanzierten Mittelbaus
- 4 („akademische Räte“) verbunden werden.

Antrag A13: Department-Struktur differenziert einführen

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:	AfB-Bundesvorstand
Status:	überwiesen an den AfB-Bundesvorstand
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an AfB-Bundesvorstand als Material
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Der Bundesparteitag bzw. die Parteitage der Länder mögen beschließen:
- 2 Funktionseinheiten, die Department-Struktur anstreben, sollen in größtmöglicher
- 3 Freiheit jene Strukturelemente wählen dürfen, die sie für die Selbstverwaltung als am
- 4 besten umsetzbar erachten. Um Hochschulstrukturen demokratischer und schlanker zu
- 5 gestalten, gibt es allerdings neben der Department-Struktur eine Reihe von
- 6 Einzelmaßnahmen, die auch zum Ziel führen, z. B.:
- 7 -einrichten ausschließlich gleichrangiger Professuren, etwa W3;
- 8 -statt hierarchischer Strukturierung Organisation in Form von Instituten, Zentren,
- 9 Forschungszentren, Transferzentren, „Forschungsstellen“ und „Keylabs“. Auch in diesen
- 10 Fällen können bestimmte Mitarbeitergruppen gepoolt werden. Professoren können
- 11 mehrerer dieser Gruppen angehören, je nach Projekt und Bedarf.
- 12 Diese Maßnahmen könnten auch ohne große Strukturänderung umgesetzt werden und im Sinn
- 13 der Demokratisierung und Vereinfachung von Entscheidungsstrukturen hilfreich sein.

Empfänger*Innen

SPD-Bundesparteitag bzw. die Parteitage der Länder

Antrag A14: Department-Struktur differenziert einführen Stand 07.08.2025

Laufende Nummer: 19

Antragsteller*in:	AfB-Bundesvorstand
Status:	überwiesen an den AfB-Bundesvorstand
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an AfB-Bundesvorstand als Material
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Der Bundesparteitag bzw. die Parteitage der Länder mögen beschließen:
- 2 Die Mitbestimmung durch Studierende muss im Zusammenhang mit der Einführung von
- 3 Department-Strukturen differenziert, insbesondere bei der Lehre, neu definiert und
- 4 gestärkt werden.

Empfänger*Innen

SP-Bundesparteitag bzw. die Parteitage der Länder

Antrag A15: Department-Struktur differenziert einführen Stand 07.08.2025

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in:	AfB-Bundesvorstand
Status:	überwiesen an den AfB-Bundesvorstand
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an AfB-Bundesvorstand als Material
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Der Bundesparteitag bzw. die Parteitage der Länder mögen beschließen:
- 2 Der grundfinanzierte Mittelbau muss mehr Selbständigkeit erhalten, ohne dafür weitere
- 3 akademische Qualifikationsstufen wie Habilitation o. Ä. durchlaufen zu müssen.

Antrag A16: Dauerhafte und ausreichende Finanzierung der Studierendenwerke

Laufende Nummer: 21

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Niedersachsen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Die Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Bildung fordert die SPD-
- 2 Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, die Studierendenwerke dauerhaft,
- 3 planbar und bedarfsgerecht zu finanzieren. Ziel ist es, die soziale Infrastruktur an
- 4 Hochschulen langfristig abzusichern, finanzielle Hürden für den Bildungszugang
- 5 abzubauen und psychosoziale sowie soziale Unterstützungsangebote zu stärken.
- 6 Im Mittelpunkt steht der Erhalt und Ausbau zentraler Leistungen der
- 7 Studierendenwerke: erschwingliche Verpflegung in Mensen, bezahlbarer Wohnraum,
- 8 Notfallhilfen und Studienabschlusssdarlehen, psychologische und soziale Beratung sowie
- 9 die Weiterentwicklung der Angebote im Sinne von Inklusion, Prävention und Teilhabe.
- 10 Eine planbare und auskömmliche Finanzierung muss künftig unabhängig von
- 11 krisenbedingten Sondermitteln gesichert werden. Dafür ist ein transparenter
- 12 Finanzierungsrahmen notwendig, der regelmäßige Bedarfsanpassungen – etwa an
- 13 Inflation, Tarifsteigerungen und wachsende Studierendenzahlen – vorsieht.

Antrag A17: TVStud – jetzt oder nie!

Laufende Nummer: 22

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Niedersachsen
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung fordert den SPD-Parteivorstand und die SPD-
- 2 Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass:
- 3 • die Tarifverhandlungen für studentische Beschäftigte (TV Stud) aktiv unterstützt
- 4 werden,
- 5 • die Länder mit SPD-Regierungsbeteiligung in den Verhandlungen eine konstruktive
- 6 Rolle einnehmen und einer bundeseinheitlichen Regelung zustimmen,
- 7 • im Koalitionsausschuss auf Bundesebene sowie in allen relevanten Landesgremien
- 8 eine klare politische Priorität auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von
- 9 studentischen Beschäftigten gelegt wird,
- 10 • die SPD öffentlich und parteiintern die Forderungen der studentischen
- 11 Beschäftigten nach fairer Bezahlung, gleichen Arbeitsrechten und tariflicher
- 12 Absicherung unterstützt.

Empfänger*Innen

SPD-Landtagsfraktion Hessen

SPD-Landesvorstand Hessen

Antrag A18: Namensänderung der AfB in AG Bildung

Laufende Nummer: 23

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Sonstiges Keine Empfehlung der Antragskommission
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Der Bundesvorstand wird damit beauftragt das Logo neu zu gestalten und den Landes-
- 2 und Bezirksverbänden zur Verfügung zu stellen.

Antrag A19: Entbürokratisierung der Beantragung von Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket

Laufende Nummer: 24

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Saar
Status:	überwiesen an den AfB-Bundesvorstand
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an AfB-Bundesvorstand als Material
Sachgebiet:	A - Alle

1 Das Förderprogramm „Bildung und Teilhabe“ (BuT) des Bundes hat das Ziel, Kindern und
2 Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien gesellschaftliche Teilhabe zu
3 ermöglichen und ihre Bildungschancen zu verbessern. Gefördert werden unter anderem
4 Mittagessen in Schule und Kita, Ausflüge, Klassenfahrten, Lernförderung,
5 Schülerbeförderung und kulturelle Freizeitaktivitäten. Die Leistungen sollen
6 sicherstellen, dass kein Kind aus finanziellen Gründen von Bildungs- und
7 Gemeinschaftsangeboten ausgeschlossen wird.

8 In der Praxis gestaltet sich die Beantragung der Fördermittel aus dem BuT-Programm
9 jedoch als äußerst komplex. Antragstellerinnen und Antragsteller – häufig Eltern mit
10 geringen Deutschkenntnissen oder eingeschränkten administrativen Ressourcen – müssen
11 umfangreiche Formulare ausfüllen, Einkommensnachweise, Schulbescheinigungen,
12 Leistungsbescheide sowie Nachweise über tatsächliche Kosten einreichen. Diese
13 Unterlagen müssen meist bei den zuständigen Jobcentern, Sozialämtern oder kommunalen
14 Trägern eingereicht werden. Jeder Leistungstatbestand (z. B. Lernförderung,
15 Mittagessen, Klassenfahrt) erfordert dabei eigene Formulare und Nachweise. Zudem
16 müssen die Anträge regelmäßig neu gestellt oder aktualisiert werden, wenn sich die
17 Lebensumstände ändern. Die Kommunikation zwischen Schule, Eltern und Behörde erfolgt
18 oft auf dem Postweg, was zu langen Bearbeitungszeiten und Missverständnissen führt.
19 Gerade für Familien mit geringem Einkommen, Sprachbarrieren oder ohne digitale
20 Ausstattung wird das Verfahren zur Hürde. Schulen und Lehrkräfte werden in der Praxis
21 häufig zu inoffiziellen Beraterinnen und Beratern, obwohl sie für diese bürokratische
22 Unterstützung weder ausgebildet noch zuständig sind. So wird das Ziel des Programms –
23 einfache und unbürokratische Förderung – in der Realität vielfach verfehlt. Wir
24 fordern daher eine grundlegende Entbürokratisierung des Antragsverfahrens für
25 Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket.

26 Konkret schlagen wir vor, dass die Bewilligung und Vergabe der Mittel künftig direkt
27 an den Schulen erfolgen kann. Dazu soll ein schulinternes Gremium, bestehend aus der
28 Schulleitung, einer Vertretung des Kollegiums und der Schulsozialarbeit, über die
29 Bewilligung von Leistungen direkt entscheiden. Dieses Gremium soll auf Basis klar
30 definierter Kriterien (Einkommensgrenzen, schulische Bedarfslage, pädagogische
31 Einschätzung) schnell und unbürokratisch über Anträge befinden. Die Mittelvergabe
32 würde anschließend in Abstimmung mit dem zuständigen kommunalen Träger erfolgen, ohne
33 dass Familien selbst umfangreiche Formulare ausfüllen oder wiederkehrende Nachweise
34 beibringen müssen. Durch diesen Verfahrensweg wird sichergestellt, dass die Hilfen
35 dort ankommen, wo sie gebraucht werden – direkt bei den Kindern und Jugendlichen –
36 und Schulen gleichzeitig als niedrigschwellige und vertrauensvolle Anlaufstellen
37 gestärkt werden. Eine solche Entbürokratisierung hat erhebliche Vorteile: Sie
38 reduziert Verwaltungsaufwand, entlastet Familien und Behörden, beschleunigt die

- 39 Bearbeitung und stärkt die Verantwortung der Schule als sozialer Raum.
- 40 Bildungsgerechtigkeit darf nicht an Formularen scheitern. Denn nur durch einfachere
- 41 Verfahren können die Mittel des Bildungs- und Teilhabepakets tatsächlich bei
- 42 denjenigen ankommen, für die sie gedacht sind – unseren Kindern.

Antrag A20: Lehramtsstudium auch in der dualen Form anbieten

Laufende Nummer: 25

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Niedersachsen
Status:	Sonstiges Dopplung mit A09
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion sowie die Gliederungen der SPD auf, sich für
2 die ergänzende Einführung eines Bachelor-Studienganges für Lehrkräfte im dualen
3 System einzusetzen.
- 4 Dieser Studiengang soll Folgendes ermöglichen:
- 5 • Im ersten und zweiten Semester wird das Studium ohne Praxiserfahrung begonnen.
6 In der vorlesungsfreien Zeit dazwischen findet ebenfalls noch kein organisierter
7 Praxisbezug statt. Diese Phase dient der reflektiven Distanzierung von der
8 eigenen Schulerfahrung.
 - 9 • Für die duale Phase ist ein Ausbildungsvertrag abzuschließen unter folgenden
10 Aspekten:
 - 11 • Ein allgemeines Schulpraktikum in Vollzeit nach dem 2. Semester ermöglicht eine
12 Orientierung im System der Schule durch eine außerunterrichtliche Unterstützung
13 der schulischen Arbeit.
 - 14 • Ab dem 3. Semester erfolgt eine Ausbildungsbeschäftigung im Umfang von 10
15 Wochenstunden auf der Basis eines tarifierten Ausbildungsgehaltes.
 - 16 • Folgende Tätigkeiten können bspw. je nach örtlichen Rahmenbedingungen ohne
17 Eigenverantwortlichkeit ausgeübt werden:
 - 18 1. Nicht fachfremde Unterrichtsassistenz unter Betreuung von Lehrkräften ev. mit
19 angeleiteten kurzen Unterrichtsversuchen
 - 20 2. Sprachlernassistenz
 - 21 3. Unterstützung bei der Verwendung von Medien
 - 22 4. Assistenz bei der Schulentwicklung
 - 23 5. Unterstützung in der sozialpädagogischen Arbeit
 - 24 6. Unterstützung im Erstsprach-Unterricht
 - 25 7. Mitarbeit in oder Durchführung von eigenen Arbeitsgemeinschaften
 - 26 • Eine Assistenz in der Oberstufe ist.
 - 27 • Die Betreuung erfolgt sowohl seitens der Schule als auch der Hochschule
28 mentorial.
 - 29 • Die Studierenden wählen aus dem Angebot der Schule einen
30 Qualifikationsschwerpunkt. Dies wird durch universitäre Angebote und die
31 schulische Begleitung unterstützt.
 - 32 • Das Qualifikationsprofil wird in einem Abschlussdokument dokumentiert.
 - 33 • Die Abschlussarbeit kann in einem pädagogischen oder einem fachdidaktischen
34 Bereich geschrieben werden.

- 35 • Ein erfolgreich abgeschlossenes Bachelorstudium ist die Voraussetzung für den
36 Einstieg in die Masterphase.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landesvorstände

SPD-Landtagsfraktionen

Antrag A21: Qualität der Ausbildung von Lehrkräften verbessern – dualen Master einführen

Laufende Nummer: 26

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Niedersachsen
Status:	Sonstiges Dopplung mit A10
Empfehlung Antragskommission:	Sonstiges Keine Empfehlung der AK
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Die Ausbildung von Lehrkräften ist bundesweit derzeit in einer intensiven Diskussion.
- 2 Neben der Diskussion der Studierendenzahlen werden wieder erneut Klagen von
- 3 Referendarinnen und Referendaren über die fehlende Passung der Inhalte der
- 4 Universität mit denen der zweiten Phase und über sehr belastende und unsinnige
- 5 Formate in der zweiten Phase geführt.
- 6 Die AfB der SPD fordert daher die für die SPD politisch Handelnden auf Bundes- und
- 7 Landesebene auf, sich für Folgendes einzusetzen:
- 8 1. Fokussierung des Bachelors auf die Professionalisierung von Lehrkräften:
- 9 Für Studierende, die einen Masterabschluss im Bildungsbereich anstreben, fordern wir
- 10 einen Bachelor als Vorstufe zu einem Master of Education, der zwar polyvalent ist,
- 11 aber vorrangig auf die Ausbildung von Lehrkräften ausgerichtet ist. Das Ziel ist der
- 12 konsekutive Master of Education, der dann auch für künftige Lehrkräfte vergeben wird.
- 13 2. Verpflichtende Schulpraktika während des Bachelorstudiums:
- 14 Die bereits im Bachelorstudium angelegten Praktika in der Schule sind in der Qualität
- 15 deutlich zu verbessern. Basis hierfür ist eine fundierte Theorie-Praxis-Verzahnung
- 16 mit einer geregelten Betreuung. Die angestrebte Schulform kann dabei berücksichtigt
- 17 werden.
- 18 3. Stufenausbildung für Lehrkräfte:
- 19 Die sich inzwischen auf wenige Schulformen veränderte Schullandschaft sowie ein
- 20 notwendiger flexiblerer Einsatz in den Schularten erfordert eine Stufenausbildung an
- 21 der Hochschule. Die Stufung ist nach Klassenstufen so einzurichten, dass
- 22 beamtenrechtlich abgesicherte Wechsel zwischen den Schularten möglich sind. Wo die
- 23 Zusammenfassung der nicht-gymnasialen Schulformen der Sekundarstufe noch nicht
- 24 umgesetzt ist, sollte dies zeitgleich mit der Einführung eines Sekundarstufen-
- 25 Lehramtes erfolgen.
- 26 4. Einführung eines dualen Masters of Education:
- 27 Es wird ein dualer Master of Education eingeführt. Dieser umfasst eine Studienzeit
- 28 von sechs Semestern im Teilzeitmodus. Neben dem wissenschaftlichen Studium sind die
- 29 Studierenden an der Schule als Lehrkraft tätig. Die Organisation kann auch in Form
- 30 von Blockmodellen durchgeführt werden. Dabei ist ein verlässlicher Lehrer*innen-
- 31 Schüler*innen-Bezug in der Schule über einen längeren Zeitraum notwendig. Eine
- 32 Ausbildung in der zweiten Phase entfällt oder wird dadurch wesentlich verkürzt.
- 33 Begleitet wird dann die unterrichtliche Tätigkeit durch einen Coachingprozess.
- 34 5. Gemeinsame Betreuung der Studierenden:
- 35 Die Studierenden werden sowohl in der Hochschule als auch an der Schule durch

Lehrkräfte der Hochschule mit betreut. In der unterrichtlichen Tätigkeit erfolgt die Betreuung der Studierenden gemeinsam mit der Hochschule durch Lehrkräfte an den Schulen und Lehrenden der Studienseminare.

6. Bezahlung der Studierenden:

Im dualen Master erhalten die Studierenden eine angemessene Bezahlung für ihre unterrichtliche Tätigkeit, die sich an dem Tarifvertrag orientiert.

7. Prüfungsabschluss des Masterstudiums:

Unter Beteiligung der betreuenden Kräfte werden notwendige Abschlüsse vergeben. Das Kreditsystem ist anzupassen und auf die unterrichtliche Tätigkeit hin zu erweitern. Dabei ist die Expertise der betreuenden Kräfte mit einzubeziehen.

9. Reisekosten:

Für die betreuenden Kräfte und Mentor*innen an den Schulen sind während der Masterphase Reisekosten bereitzustellen. Für die Studierenden ist die Erreichbarkeit beider Ausbildungsorte (Schule und Universität) durch Semesterticket oder ähnliche Möglichkeiten (z.B. Deutschlandticket) zu gewährleisten

10. Ausbildungsschulen:

Alle Schulen sind Ausbildungsschulen mit Blöcken unterrichtlicher Tätigkeit für die Studierenden im dualen Master.

Antrag A22: Antrag zur Teilnahme an der TALIS-Studie

Laufende Nummer: 27

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Rheinland-Pfalz
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Die Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD fordert die
- 2 sozialdemokratischen Bildungsminister der Länder, die Bundestagsfraktion sowie die
- 3 Landtagsfraktionen auf, sich dafür einzusetzen, dass die Bundesrepublik Deutschland
- 4 an der TALIS-Studie (Teaching and Learning International Survey) teilnimmt.

Antrag A23: Anerkennung des Schulabschlusses vom Förderzentrum Lernen

Laufende Nummer: 29

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Der AfB-Bundesvorstand und die SPD-Landtagsfraktionen werden gebeten werden gebeten,
- 2 sich dafür einzusetzen, dass der erlangte Schulabschluss von Schüler:innen mit
- 3 sonderpädagogischem Förderbedarf der Förderzentren Lernen in ganz Deutschland als
- 4 offizieller Schulabschluss anerkannt wird.

Empfänger*Innen

AfB-Bundesvorstand
SPD-Landtagsfraktionen

Antrag A24: Schluss mit dem Abbau des Rechts auf Bildung: Dem Ziel des BAföG Willy Brandts wieder gerecht werden

Laufende Nummer: 30

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 • Wir werden zeitnah einen Rechtsanspruch auf BAföG schaffen. Dieser soll für alle
- 2 Lernenden gelten, für die ein BAföG existiert.
- 3 • Im Rahmen der Grundwerteprogramm-Debatte werden wir ein Nachfolgeprogramm für
- 4 das BAföG entwickeln, das den Ansprüchen eines auskömmlichen
- 5 Bildungsmindesteinkommens für alle Schülerinnen und Schüler, Studierenden sowie
- 6 vom BAföG erfasste Auszubildende/Meisteranwärter gerecht wird und sich
- 7 **ausschließlich in für die Lernenden im Vergleich zum BAföG vorteilhaften**
- 8 **Aspekten** von den Programmen Dänemarks und Schwedens inspirieren lässt. Die Höhe
- 9 und Zugänglichkeit des BAföG dürfen dabei nicht eingeschränkt werden, sie müssen
- 10 deutlich gestärkt werden. Die neue Förderung muss im Sinne der SPD-Beschlusslage
- 11 ein Vollzuschuss werden. Für die weitere Ausgestaltung sind die Forderungen aus
- 12 Antrag 12 im Beschlussbuch der AfB-Bundeskonferenz 2018 einzuhalten:
- 13 • eine starke öffentliche Förderung für alle Bildungsphasen,
- 14 • Erhöhung der Bedarfssätze über die Höhe des Existenzminimums,
- 15 • eine empirische Ermittlung des spezifischen studentischen Bedarfs unter
- 16 Berücksichtigung der Vielfalt von Lebenslagen,
- 17 • Finanzierungssicherheit für Empfängerinnen und Empfänger durch eine Verstetigung
- 18 • der Freibeträge und Bedarfssätze,
- 19 • Unverzügliche Rückkehr zum BAföG als Vollzuschuss,
- 20 • Einführung einer Härtefallregelung für die spätere Einreichung des
- 21 Leistungsnachweises
- 22 • Weiterförderung auch nach Erhalt von Schüler-BAföG,
- 23 • eine Anpassung des BAföG an neue Studienmöglichkeiten an Hochschulen
- 24 (Individualisierung, Flexibilisierung, Teilzeitstudium), das BAföG in ein System
- 25 lebensbegleitenden Lernens zu integrieren und die Altersgrenzen auszuweiten.
- 26

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

Antrag A25: Reform des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) mit dem Schwerpunkt der Erhöhung der persönlichen Schulbedarfe

Laufende Nummer: 31

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Die SPD-Bundesminister*innen und die SPD-Bundestagsfraktion werden dringend
- 2 aufgefordert, das Bildungs- und Teilhabepaket von 2011 zu aktualisieren mit dem
- 3 Schwerpunkt der Erhöhung der persönlichen Schulbedarfe.
- 4 Das Bildungs- und Teilhabepaket wird dabei mit zwei Zielstellungen weiterentwickelt.
- 5 Erstens wird der Betrag für den Schulbedarf entsprechend aktueller
- 6 Bedarfe/Kostensätze angehoben und zukünftig dynamisch erhöht. Zweitens sollen die
- 7 BuT-Mittel als systemische Vorabzuweisung entsprechend der Anzahl der
- 8 antragsberechtigten Familien und ihrer Kinder automatisch an die Schulen zur
- 9 zweckgebundenen Verwendung zugewiesen werden.

Empfänger*Innen

SPD-Bundesminister*innen

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag A26: Schule ab 9 Uhr – für gesunden Schlaf und bessere Leistung

Laufende Nummer: 32

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	überwiesen an den AfB-Bundesvorstand
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Alle

1 Die SPD-Bundestagsfraktion sowie der AfB-Bundesvorstand werden aufgefordert, sich
2 dafür einzusetzen, dass die **finanziellen, organisatorischen und ausstattungsbezogenen**
3 Möglichkeiten geschaffen und gefördert werden, der Unterrichtsbeginn für
4 Schüler*innen zukünftig auf frühestens 9 Uhr zu verlegen.

5 Die zeitliche Anpassung soll dabei folgende Maßnahmen beinhalten:

- 6 • Eine **für die Schulen freiwillige** chronobiologisch angepasste Unterrichtszeit von
7 8:00 Uhr auf frühestens 9:00 Uhr als allgemeingültige Startzeit **im Rahmen einer**
8 **rhythmisierten Ganztagschule** einführen.
- 9 • Schulorganisatorische Rahmenbedingungen wie Frühbetreuung, Angebot eines
10 kostenfreien warmen Mittagessens für alle Schüler*innen, Nachmittagsangebote,
11 Busfahrpläne, Stundenpläne und Arbeitszeiten sollen in enger Zusammenarbeit mit
12 den Kommunen überprüft und angepasst werden. Dabei sind die Kommunen finanziell
13 und mit Blick auf ihre Ausstattung zu unterstützen.
- 14 • Die Bundesländer führen eine Informationskampagne durch, die Schüler*innen,
15 Eltern und Lehrkräfte über die wissenschaftlich belegten Vorteile späterer
16 Schulbeginnzeiten informiert, um Akzeptanz, Transparenz und Umsetzung zu
17 fördern.
- 18 • Klare Rahmenbedingungen für die Umsetzung späterer
19 Schulbeginnzeiten sollen über das Landesschulgesetz geschaffen werden.
- 20 • Im Rahmen dieser Anpassungen sollen, auch im Sinne der Entlastung der
21 Schüler*innen, die Fachanforderungen überarbeitet und an die heutigen
22 Herausforderungen angepasst werden. Dabei müssen sie freiheitlich-
23 demokratisches Denken, Reflexionsvermögen, kritisches Denken, Toleranz und
24 Mitmenschlichkeit sowie die freie Entfaltung der Persönlichkeit stärker fördern.

21

22

23

24

25

Wir stützen uns dabei auf wissenschaftlich verlässliche Erkenntnisse und fordern die

26

SPD auf, sich für die Umsetzung entsprechender Maßnahmen einzusetzen.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag A27: Mobilität für Lernende, und Freiwilligendienstleistende sichern: Feste Preise für das Deutschlandticket

Laufende Nummer: 33

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	A - Alle

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion, der SPD-Bundesvorstand, die SPD-Regierungsmitglieder in
- 2 Bund und Land und die SPD-Landtagsfraktionen werden aufgefordert, sich dafür
- 3 einzusetzen, dass der Preis des Deutschlandtickets für Lernende und
- 4 Freiwilligendienstleistende verlässlich, beständig und vor allem bezahlbar wird und
- 5 bleibt. Der Preis muss für sie deutlich sinken.
- 6 Geprüft werden soll ein freiwilliges Zusatzangebot Deutschlandticket Plus, das
- 7 Fernzüge enthält und durch seinen erhöhten Preis Kostensteigerungen zumindest
- 8 anteilig kompensiert. Auch weitere Maßnahmen, die nicht die finanziell vulnerabelsten
- 9 Kundi*innen betreffen, müssen geprüft werden und im Falle der Umsetzbarkeit Anwendung
- 10 finden.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Regierungsmitglieder in Bund und Land
SPD-Landtagsfraktionen
SPD-Parteivorstand

Antrag A28: Wohnen und Gesundheit sind Menschenrecht – auch für Lernende und Freiwilligendienstleistende ohne reiche Eltern/ Erziehungsberechtigte

Laufende Nummer: 34

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	A - Alle

1 Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister in
2 Land und Bund werden aufgefordert, die folgenden Maßnahmen dringlich umzusetzen:

3

- 4 • Lernenden und Freiwilligendienstleistende, die die weiteren Bedingungen für
5 einen Wohnberechtigungsschein erfüllen, wird die Gründung einer Wohngemeinschaft
6 ermöglicht durch:
- 7 • Unkomplizierte, niedrigschwellige, digitale Beantragung einer
8 Wohngemeinschaft, indem die Wohnberechtigungsscheine aller WG-Gründenden im
9 Rahmen eines gemeinsamen Antrags automatisch eingereicht, geprüft und
10 jeweils für die Einzelpersonen entschieden werden können.
 - 11 • Vorsorge und Sicherheit ermöglichen: Erhöhung der insgesamt
12 Vermögensgrenze des Wohnberechtigungsscheins für Lernende und
13 Freiwilligendienstleistende (WG-Beantragende zusammengerechnet) bei
14 geringem Einkommen von WG-Beantragenden und geringem Einkommen bzw.
15 fehlender Kostenheranziehbarkeit der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten.
 - 16 • Im Falle der Zahlungsunwilligkeit der Eltern oder Erziehungsberechtigten,
17 ergreift der Bund Rechtsmittel, um die Zahlung durchzusetzen.
- 18 • Das Wohngeld wird dahingehend geändert, dass es für Lernende und
19 Freiwilligendienstleistende unabhängig davon zugänglich wird, ob sie ausreichend
20 Vermögen oder Einkommen haben. Gleichzeitig wird die Zugänglichkeit des BAföG
21 entsprechend der Beschlusslage der Bundes-AfB deutlich erhöht.
- 22 • Die Regelungen und Regeln für den Wohnberechtigungsschein und das Wohngeld
23 sollen bundesweit möglichst vereinheitlicht werden.
- 24 • Kostendeckelung von Mieten für alle Lernenden und Freiwilligendienst-leistenden
25 mit niedrigem Einkommen auf maximal 300 Euro, der nicht zum Nachteil dieser
26 gereichen darf: Vermieter müssen ab einer bestimmten Anzahl von Wohnungen einen
27 bestimmten Anteil von geeigneten Wohnungen für Lernende und
28 Freiwilligendienstleistende anbieten. Das Phänomen der Vermietung eines Raumes
29 an mehrere Mietende und auch die Vermietung einer Wohnung an zu viele Mietende
30 sowie ähnliche Widrigkeiten werden wir verbieten.
- 31 • Die Schaffung von Wohnraum durch kommunale Wohnungsunternehmen und durch
32 Genossenschaften wird durch einen Fonds für bezahlbares Bildungswohnen massiv
33 gefördert.
- 34 • Der Bund schafft im Rahmen von aktuellen oder künftig an die Länder gezahlten

- 35 Geldern für das Wohnen ökonomischen Steuerungsdruck, um diese zu verpflichten,
36 bezahlbare Mieten für alle zu schaffen.
- 37 • Der BuKo-Beschluss zum GKV-Beitrag für Studierende wird der SPD-
38 Bundestagsfraktion erneut vorgelegt mit der ergänzenden Aufforderung, einen
39 Tarif für Lernende zu schaffen, dessen Betrag für alle einheitlich gedeckelt ist
40 und erst mit dem Vorliegen eines ersten Studien- bzw. Ausbildungsabschlusses
41 endet.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

sozialdemokratische Ministerinnen und Minister in Land und Bund

Antrag A29: „Mehr Zeit für Bildung, mehr Chancen für Kinder: Der Rechtsanspruch auf Ganztag als Zukunftschance“

Laufende Nummer: 36

Antragsteller*in:	AfB-Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	A - Alle

1 Der Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung für Grundschulkinder, der ab 2026
2 stufenweise umgesetzt wird, ist ein bildungs-, familien- und sozialpolitischer
3 Meilenstein für Deutschland und seit je her ein Kernprojekt der Sozialdemokratie. Die
4 SPD steht geschlossen hinter diesem Vorhaben, das allen Kindern Zugang zu
5 hochwertigen Bildungs- und Betreuungsangeboten ermöglichen soll. Wir sind überzeugt,
6 dass ein inklusiver und ausfinanzierter Ganztag zentrale Weichen für
7 Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit stellt und entscheidend für die
8 Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist. Unser Ziel ist der rhythmisierte Ganztag, der
9 allen Kindern auf Grundlage ihrer Kompetenzen die besten Entwicklungs-, Entfaltungs-
10 und Bildungsmöglichkeiten bietet.

11 Qualität und Teilhabe im Fokus

12 Die Einführung des Ganztags muss nicht nur quantitativ, sondern vor allem qualitativ
13 hochwertig erfolgen. Als Sozialdemokratische Partei betonen wir, dass
14 Qualitätsschritte notwendig sind, um die pädagogische Wirkung zu maximieren. Unser
15 Ziel ist ein inklusiver Ganztag, der allen Kindern unabhängig von Herkunft und
16 sozialen Voraussetzungen gerecht wird. Der Anti-Bias-Ansatz, Maßnahmen zur
17 Antidiskriminierung, Demokratiebildung und Inklusion gehören daher fest in die
18 Konzeptentwicklung für die Angebote des Ganztages.

19 Mehr Fachkräfte für mehr Qualität

20 Der Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendhilfe sowie in Lehrberufen stellt eine
21 erhebliche Herausforderung dar. Ohne qualifiziertes Personal sind die Qualität und
22 die Verlässlichkeit des Ganztages gefährdet. Als SPD wollen wir daher einen gezielten
23 Ausbau der Aus- und Weiterbildungskapazitäten und die Aufwertung sozialer Berufe
24 durch verbesserte Arbeitsbedingungen, damit die Bedürfnisse der Kinder optimal
25 erfüllt werden können und Eltern eine bedarfsgerechte Betreuung in Anspruch nehmen
26 können.

27 Stärkung der multiprofessionellen Zusammenarbeit

28 Ein starker Ganztag erfordert die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams, in
29 denen Lehrkräfte, (Schul)Sozialarbeiter*innen und weitere pädagogische Fachkräfte
30 Hand in Hand arbeiten. Diese Teams bieten den Kindern vielfältige Lernumgebungen und
31 fördern soziale Kompetenzen ebenso wie kognitive. Besonders im Ganztag kommt es
32 darauf an, dass Schul- und Jugendhilfeeinrichtungen eng kooperieren und ihre Stärken

33 im Sozialraum bündeln.

34 **Ein sicherer Lern- und Lebensort für alle Kinder**

35 Für uns Sozialdemokrat*innen muss der Ganzttag als Schutz- und Entwicklungsraum für
36 alle Kinder wirken. Ganztagsangebote sind Orte der Begegnung und Integration, die
37 Kinder in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und sozialen Einbindung unterstützen. Dies
38 gelingt nur in einem Umfeld, das Diversität und Inklusion schätzt und auf
39 Diskriminierung entschieden reagiert. Teilhabe und Mitgestaltung der Kinder, Eltern
40 und Fachkräfte sind zentrale Bestandteile dieser Ganztagskonzeption.

41 **Demokratische Bildung als Grundprinzip**

42 Als SPD wissen wir, dass der Ganzttag ein Lernort für Demokratie darstellt. Wir wollen
43 daher den Ganzttag strukturell so gestalten, dass Kinder frühzeitig demokratische
44 Mitbestimmung erfahren und sich aktiv in das Schulleben einbringen können. Schulische
45 Gremien und Klassenräte sind hierbei unverzichtbare Instrumente. Eine starke
46 Demokratie lebt vom Engagement ihrer Bürger*innen, und das beginnt im Kleinen. Des
47 Weiteren wollen wir auch darauf hin wirken, dass die Mitbestimmungsgremien der
48 Beschäftigten enger verzahnt werden und sie somit ihrer betrieblichen Mitbestimmung
49 nachkommen können. Es ist genau diese Mitbestimmung, die Fachkräfte in ihrer
50 Resilienz gegenüber Populismus und Autoritarismus unterstützt.

51 **Ganzttag als Lern-, Lebens- und Entwicklungsraum**

52 Als Sozialdemokratische Partei erkennen wir im Rechtsanspruch auf Ganzttag eine
53 Ausgestaltung des Lern-, Lebens- und Entwicklungsraum für alle Kinder. In den
54 unterschiedlichen Ganztagsangeboten profitieren die Kinder von einem
55 abwechslungsreichen Tagesrhythmus, der Unterricht, selbstgesteuertes Lernen und
56 Freizeitaktivitäten integriert. So können Kinder ihr Potenzial entfalten und werden
57 in ihrer gesamten Persönlichkeit gefördert. Dazu gehören auch ausreichend Zeit für
58 Bewegung, Erholung und spielerische Aktivitäten, die zu einer nachhaltigen
59 Lernmotivation beitragen. Auch stehen wir dafür ein, allen Kindern im Ganzttag ein
60 gesundes, nachhaltiges und inklusives Mittagessen entgeltfrei anzubieten. Dafür
61 wollen wir die Investitionen in den Ausbau verstetigen, sowie Kommunen und Kreise bei
62 der Planung und Konzipierung unterstützen.

63 **Finanzierung und langfristige Investitionen in den Ganzttag**

64 Der Ausbau des Ganztags muss als Investition in die Zukunft verstanden werden. Als
65 SPD wollen wir, gemeinsam mit Bund, Länder und Kommunen die nötigen finanziellen
66 Mittel bereitstellen und diese von ihren Altschulden befreien. Nur so kann der
67 Rechtsanspruch auf Ganzttag flächendeckend und in hoher Qualität gewährleistet werden.
68 Der Ausbau bedarf langfristiger und verlässlicher Finanzierungsstrategien, damit
69 Infrastruktur und Personalausstattung den Anforderungen gerecht werden.

70 Als SPD setzen wir uns dafür ein, den Ganzttag als festen Bestandteil unseres

71 Bildungssystems zu etablieren und weiterzuentwickeln. Dabei steht die Qualität in der
72 bedarfsgerechten Planung an erster Stelle. Gemeinsam mit den pädagogischen
73 Fachkräften, den Familien und der Zivilgesellschaft wollen wir einen Ganztagschaffen,
74 der allen Kindern die besten Chancen bietet. Nur so gestalten wir eine gerechte
75 Gesellschaft, in der alle jungen Menschen die gleichen Startbedingungen und
76 Entfaltungsmöglichkeiten haben. Ganztagsbildung ist eine Investition in die Zukunft,
77 die allen zugutekommt – wir sind bereit, diesen Weg entschlossen zu gehen.

Empfänger*Innen

SPD-Bundesparteitag